

Stoppt die Türkische Invasion in Nord-Syrien!

In dem Bestreben, den Widerstand gegen extremistische Gruppen zu unterbinden, hat die türkische Luftwaffe die Dörfer Um Al Housh und Um Al Qura nur einige Stunden nachdem diese von dem IS befreit worden waren, bombardiert.

Zusätzlich hat die Türkei mit Artillerie Dörfer in den Regionen Shehba und Efrin beschossen. Als Resultat dieser Angriffe verloren vier Zivilisten ihr Leben und dutzende Menschen wurden verletzt. Diese Angriffe halten weiterhin an.

Diese Bombardierungen sind Teil einer Kriegskampagne des türkischen Staat gegen die Menschen in Syrien. Die Angriffe stellen gleichzeitig auch eine Unterstützung für den IS dar, nachdem diese zuvor eine schwere Niederlage gegen die revolutionären Kräfte erlitten hatten. Diese Praxis des türkischen Staates in Syrien stimmt nicht mit internationalen Verträgen und Konventionen überein und richtet sich direkt gegen die Menschen aus Syrien.

Die internationale Gemeinschaft und internationale Kräfte, welche sich mit dem Kampf gegen Terrorismus beschäftigen, müssen eingreifen und die türkische Intervention in Syrien beenden. Das bisherige Ignorieren und Wegsehen beim Einmarsch der Türkei in Cerablus führte nun letztendlich dazu, dass sie ihre Luftwaffe einsetzten, um die umliegenden Gegenden zu bombardieren.

Dies stellt unter Beweis, dass sich der türkische Staat in Bezug auf die wahllose Bombardierung von syrischen Bürgern nicht vom Syrischen Regime unterscheidet. Letztlich streben beide Parteien danach, eine politische Lösung der syrischen Krise zu verhindern. Stattdessen schaffen sie durch ihre Luftangriffe Bedingungen, unter welchen extremistischen Kräften erlaubt wird, ihre Kräfte in Gebieten neu zu formieren, in denen sie zuvor bezwungen und beseitigt wurden.

Wir verurteilen die Aggression des türkischen Staates in den

Regionen Shehba und Efrin und ihre abscheulichen Angriffe aufs Schärfste. Erdoğan und seine Pläne bei der Mossul-Operation sind gescheitert. Aus diesem Grund versucht er erneut in Syrien den Einfluss zu gewinnen, den er im Irak verloren hat. Die Türkei unter Erdoğan träumt davon, die Misak-ı Milli-Grenzen, welche sie nach dem 1. Weltkrieg verloren hat, wiederzuerlangen. Das Ziel der Türkei mit diesen Angriffen ist nicht nur in den Norden Syriens einzumarschieren, sondern Einfluss auf Syrien als Ganzes zu nehmen. Es sollten daher alle internationalen Kräfte eine klare Haltung gegen die Invasion des türkischen Staates in Nord-Syrien einnehmen.

Wir rufen alle Menschen dazu auf ihre Meinung auszudrücken und die Verletzungen, Verbrechen und offensichtlichen Rechtsverletzungen der Souveränität von Rojava und Syrien zu verurteilen.

(Kurdistan Nationalkongresses (KNK), 20.10., CA/ISKU)

Offensive auf Mosul: Fakten und Geständnisse

Die Türkei um Staatspräsident Erdoğan hat versucht, ihr international, regional und innenpolitisch schlechtes Image mit der Offensive auf Mosul aufzupolieren. Für die Teilnahme an der Offensive hat sie jeden Weg probiert und jede Drohung ausgesprochen. Allerdings hat der Irak mit der Zustimmung der USA, Russlands und weiterer internationaler Mächte, die Türkei zum Besatzer erklärt und den sofortigen Abzug ihrer Truppen gefordert. Auch der Schiiten-Führer und weitere politische Gruppen im Irak haben diese Erklärung unterstützt. Man darf hierbei auch nicht vergessen, dass viele dieser Gruppen unter dem Einfluss des Iran stehen und somit der Iran wohl eine ähnliche Haltung gegenüber der Türkei einnimmt.

Inmitten dieser Drohungen gegen den Irak und die USA seitens der Türkei begann die Offensive zur Rückeroberung von Mosul. Kurz vor Start erklärte Masoud Barzani in einem Dekret, dass "kein Name außer den Peshmerga" in den Medien im Zusammenhang

mit der Offensive genannt werden darf und Zuwiderhandeln unter Strafe steht.

Türkische und südkurdische Medien waren damit beauftragt, die öffentliche Meinung während der Operation im Sinne ihrer eigenen Rolle bei der Befreiung von Mosul zu lancieren. In Südkurdistan übernahm die Zeitung Rûdaw hierfür die Führungsrolle. Rûdaw stellte den Start der Offensive aus Südkurdistan auf eine Weise dar, als wäre die Peshmerga die einzige Kraft, die daran teilnimmt. Und das, obwohl die Offensive, die beteiligten Kräfte, die Routen und das Vorrücken der Einheiten bis an bestimmte Stellen von vornherein von einer Koalition geplant und organisiert wurde, an deren Spitze die irakische Regierung sitzt.

An der Operation nehmen knapp 30.000 Mitglieder der irakischen Armee teil. Die Zahl der Peshmerga beläuft sich auf 4.500 Soldaten. Die US-geführte internationale Koalition unterstützt die Offensive aus der Luft. Es wird erwartet, dass irakische Sondereinheiten der Operation in den

kommenden Tagen ebenfalls beitreten. Die Peshmerga sollten zunächst bis Givêra vorrücken, um dort Halt zu machen. So ist es dann auch geschehen.

Viele Kräfte, die in der jüngeren Vergangenheit dem IS breiten Raum für den Aufbau ihrer Schreckensherrschaft überließen, versuchen nun mit ihrer Teilnahme an der Mosul Operation einen verlogenen Sieg zu ergattern und ihr Image aufzupolieren. So sind die Bilder, als die Peshmerga die schutzlose Bevölkerung Shengals zurückließ und die Stadt kampflös aufgab, noch in aller Köpfe.

Türkei blockiert Angriff auf den IS

Nach jetzigem Kenntnisstand beginnt die Offensive von zwei zentralen Punkten aus über die Routen Givêra und Bashiqa. In Givêra wurde die Offensive gestartet, in Bashiqa noch nicht. Die Türkei hat mit ihrer "wir nehmen unter allen Umständen teil"-Haltung den Start verzögert. Der Irak hat deutlich gemacht, dass sie die Teilnahme der Türkei unter keinen Umständen dulden wird.

Meldungen:

Colemêrg: Volksversammlung von Polizei gestürmt – 100 Festnahmen

Im Rahmen der Vorbereitungen für den Kongress der Partei der Demokratischen Regionen DBP in Colemêrg (Hakkari) am 25. Oktober wurde am Dienstag eine Volksversammlung durchgeführt. Die Versammlung, die in den Räumen der DBP in Colemêrg stattfand, wurde von der Polizei gestürmt. Sie nahm etwa 100 BesucherInnen in Gewahrsam, darunter auch Vorstandsmitglieder der DBP. Zeitgleich wurden auch die Zentrale der Demokratischen Partei der Völker HDP in Colemêrg von den staatlichen „Sicherheitskräften“ gestürmt und die Räumlichkeiten durchsucht.

(YÖP, 18.10., ISKU)

Türkische Luftwaffe im Einsatz gegen Rojava

Seit Dienstag wurden in der Al-Shahba Region nördlich von Aleppo die Dörfer Um Al Housh, Um Al Qura und Hasiya dem Bombenhagel der türkischen Luftwaffe ausgesetzt. Diese Dörfer wurden erst vor Kurzem von den revolutionären Kräften der SDF (Demokratische Kräfte Syriens) befreit. Die Luftangriffe ereigneten sich nur wenige Stunden nachdem die genannten Dörfer, sowie zwei weitere Dörfer und der Al Shahba Staudamm vom IS befreit worden waren.

Wir, die Generalkoordination der demokratisch-selbstverwalteten Kantone Cizîrê, Kobanê und Afrin verurteilen diesen eklatanten Angriff, der durch den türkischen Staat ausgeführt wird und das Leben von hunderten unbeteiligten ZivilistInnen bedroht.

Wir stellen klar, dass wir alles in unserer Hand stehende tun werden, um die ZivilistInnen und die gesamte Gesellschaft Nordsyriens zu schützen.

Außerdem möchten wir betonen, dass die jüngsten türkischen Angriffe eine Reaktion auf die Befreiung der Dörfer vom IS zu sein scheinen. Es gibt unzählige Beweise, dass der türkische Staat wie der Beschützer der terroristischen Organisation IS und weiterer terroristischer Organisationen und Individuen agiert.

Wir rufen zudem die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen, die USA, Russland, internationale Menschenrechtsorganisationen und die Zivilgesellschaft dazu auf, sofort Schritte einzuleiten, um die türkische Aggression zu stoppen und zu verhindern, dass der türkische Staat weiterhin den Frieden und

Die Rathäuser in Bakur gleichen mehr und mehr Kasernen

Bei den letzten Regionalwahlen in der Türkei konnte die Partei der Demokratischen Regionen (DBP) 100 Bürgermeister stellen. Seit Verhängung des Ausnahmezustands (OHAL) in der Türkei sind 26 Bürgermeister der DBP per Dekret aus Ankara unter einen Treuhänder gestellt worden. Die Provinz Wan (Van) besitzt den nötigen Status für ein „Rathaus einer Großen Stadt“, dazu kommen noch 13 weitere Rathäuser in den jeweiligen Landkreisen. Es gibt also in der Provinz insgesamt 14 Rathäuser. Von diesen 14 Rathäusern sind bei der letzten Regionalwahl 12 der DBP und 2 der AKP zugesprochen worden. Vier der größten Landkreise, in denen die DBP die Bürgermeister stellt, sind jetzt unter der Regie eines Treuhänders beordert worden, eines Treuhänders, der von Ankara bestimmt wurde. Als Treuhänder wurde der Landrat eingesetzt. Landräte werden von Ankara bestimmt. Sie

handeln im Auftrag und auf Anweisung von Ankara. Einmal haben sie bereits den Versuch unternommen mit Waffengewalt und Unterstützung der Polizei auf die Sitzung des Zentralrathauses einzudringen. Überhaupt sollen die Rathäuser, die unter einen Treuhänder gestellt worden sind, mehr einer Kaserne ähneln als einem Rathaus. Um sie herum sind im Allgemeinen schwer bewaffnete Polizei und Militäreinheiten postiert.

Trotzdem hat Ankara kein leichtes Spiel. Es gibt überall Kritik und Widerstand an ihrer Maßnahme. So hat im Namen der Generalkommandantur des Zivilen Verteidigungskräfte (YPS) Doğan Zinar erklärt, dass die YPS ihre Taktik geändert und auch ihre Ziele erweitert habe. Ziel sei jetzt „jeder, der mit dem Kolonialismus in Kurdistan kooperiert, die Rathäuser besetzt, eine Waffe in die Hand nimmt, um das kurdische Volk zu vernichten“.

Ohnehin schein nicht jeder begeistert darüber die Rolle des Treuhänders übernehmen zu sollen. So haben einige Treuhänder, kaum von Ankara beauftragt, bereits ihren Rücktritt eingebracht. Im Landkreis Erxeni Ergani der Provinz Amed (Diyarbakır) waren drei Treuhänder an stelle dreier Mitglieder des Bezirksrates berufen worden. 2 von ihnen haben jetzt ihren Rücktritt eingebracht. Auch jener, der als Treuhänder für den Posten des Vizebürgermeisters im Landkreis Qerqeli (Özalp) in der Provinz Wan berufen war, ein Mitglied der AKP, hat seinen Rücktritt eingebracht.

Derjenige, welcher in Latifiye, das zum Landkreis Erdiş (Erciş) in Wan gehört, für den Posten des Dorfvorstehers als Treuhänder eingesetzt worden war, hat vor wenigen Tagen mit seinem Leben dafür bezahlt hat. Die YPS bekannte sich inzwischen zu der Tat. (ANF/YÖP, 19.10., ISKU)

→ Offensive auf Mosul: Fakten...

Hätte man parallel die Operation in Bashiqa gestartet, so wäre wohl eine Teilnahme der Türkei nicht zu verhindern gewesen. Dies würde zu Unruhen und Chaos führen. Daher hat die irakische Armee zunächst die Route unter Kontrolle gebracht und anschließend das Camp der Türkei unter Belagerung gesetzt. Daher agiert die Offensive derzeit nur entlang einer Route.

Aufgrund ihrer Blockadehaltung wird die Türkei von vielen Seiten als Schutzschild für den IS gewertet. Denn die Türkei blockiert auf diese Weise jene Kräfte, die die Stadt befreien sollen. Daher kommen die Beziehungen zwischen dem IS und der Türkei noch einmal an das Tageslicht und es wird klar ersichtlich, dass die Beziehungen nicht nur in Syrien, sondern auch im Irak stark sind. Das dritte Zentrum des Startes der Offensive sollte die Stadt Tel-Afer sein. Hier sollen die vornehmlich schiitischen Milizen der Hashd al-Shaabi bei der Operation mitwirken, wogegen die Türkei und die KDP heftig protestieren.

IS-Geständnisse Erdogans

Erdogan erklärte mehrmals, dass sie unter allen Umständen an der Operation teilnehmen werden und hat deswegen sogar gegen mehrere Akteure in der Region offene Drohungen ausgesprochen. An dem ersten Tag der Offensive machte Erdogan Erklärungen, welche als offene Geständnisse seiner Beziehungen zu dem IS gewertet werden können. „Syrien und der Irak zerfallen im Krieg gegen den IS, aber wir haben in Cerablus und Al-Rai bewiesen, dass man diese Städte auch ohne jegliche Zerstörung

zurückgewinnen kann“, sagte Erdogan in einer seiner Reden. Jedem, der den zerstörenden Charakter des IS kennt, ist bekannt, dass er keinen Ort einfach aufgeben würde, ohne vorher eine Einigung mit der Gegenseite erzielt zu haben. Daher ist die Rede Erdogans ein Geständnis dafür, dass die genannten Städte im Sinne einer Abmachung der Türkei übergeben wurden. Erdogan schreckt auch nicht davor zurück, verschiedenen Akteuren mit dem IS zu drohen. Die Erklärungen des Verteidigungsministers, dass die Städte des Irak nicht sicher seien und sich dort türkische Staatsbürger befinden würden, sind Ausdruck dieser Drohungen. Mit Erklärungen dieser Art wird der IS quasi dazu aufgerufen, bestimmte Orte anzugreifen.

Tarik Hashimi wünscht sich „Widerstand“ vom IS

Während der Offensive auf Mosul kam noch ein weiterer Akteur Erdogans ins Spiel: Tarik Hashimi, dem vorgeworfen wird sein Amt als stellvertretender Staatspräsident für Massenmorde an schiitischen Zivilisten ausgenutzt zu haben, nahm Stellung auf Erdogans Seite. Hashimi sagt, dass der IS Widerstand leisten werde, wenn die Türkei an der Offensive nicht teilnehme. Damit fordert er praktisch den IS zum Widerstand auf. Einen Tag später erklärt Hashimi, dass der IS sich über Tal Afar und dann weiter über den Ort Bokemal such bis nach Deir ez-Zor in Syrien zurückziehen wird. Diese Erklärungen haben keine andere Bedeutung, als dass sie Handlungsaufforderungen an den IS

darstellen. Denn Hashimi ist bekannt für seine sunnitisch-sektiererische Politik, die auf Gewalt gegen „Andersgläubige“ fußt. Der IS setzt eben diese Politik derzeit am besten um und genau deswegen wird Hashimi als Mittelsmann zwischen dem IS und Erdogan gewertet.

Der Plan B und Plan C Erdogans

Nach und nach wird klar, dass die türkische Delegation, die Bagdad vor Beginn der Offensive besuchte, nicht den IS und Mosul als Ziel hatten, sondern die kurdische Freiheitsbewegung und die YBŞ (Widerstandseinheiten der Stadt Shengal). Nach diesem Plan wollte die Türkei weiter im Irak stationiert bleiben und die kurdischen Kräfte der HPG und YBŞ in Shengal gemeinsam mit der irakischen Armee angreifen. Die YBŞ ist derzeit aber ein Mitglied des Bündnisses Hashd al-Shaabi und wird von der irakischen Regierung offiziell anerkannt. Viele Dörfer Shengals stehen noch unter Kontrolle des IS. In dem Plan der Türkei werden diese Dörfer in keiner Weise erwähnt. Ziel sind lediglich die Stellungen der HPG und YBŞ in Shengal. Diesen Wunsch der Türkei teilt in gewisser Weise auch die KDP, wie aus ihren regelmäßigen Drohungen gegen die Kräfte der HPG und YBŞ ersichtlich wird. Die KDP fordert immer wieder die HPG und YBŞ auf, Shengal zu verlassen. Allerdings waren genau diese Kräfte diejenigen, welche die Stadt verteidigten, als die Peshmerga die Bevölkerung schutz- und waffenlos dem IS überließ. (...)

(ANF, 19.10., CA/ISKU)

die Sicherheit unserer Region durch die anhaltende Verletzung des internationalen Rechts bedroht.

Diese Angriffe dürfen nicht, so wie bei der türkischen Besetzung von Cerablus (Dscharablus), auf internationales Schweigen stoßen.

Wir rufen auch alle Syrer dazu auf, verantwortungsvoll zu agieren und die Angriffe zu stoppen, die lediglich beweisen, dass die Verlierer dieser Angriffe Syrien selbst und der politische Prozess zur Lösung der syrischen Krise sind.

(Generalkoordination der demokratisch-selbstverwalteten Kantone Cizîrê, Kobanê und Afrin, 19.10.2016)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
YÖP Yeni Özgür Politika
CA Civaka Azad

Prozesstermine

in den §129b-Verfahren gegen kurdische Politiker

Cem AYDIN, Kammergericht Berlin-Moabit, Eröffnung des Hauptverfahrens:

Ende November 2016

Ahmet CELIK, OLG Düsseldorf, alle Verhandlungen in Düsseldorf-Hamm, Kapellweg 36, Dienstag, 25. 10., 13.30 Uhr

Freitag, 4. 11., 13.00 Uhr

Dienstag, 8. 11., 9.30 Uhr

Ali Hidir DOGAN, Kammergericht Berlin-Moabit, Eingang Wilsnacker Str. 4, Saal B129

Freitag, 4. 11., 9.00 Uhr

Freitag, 11. 11., 9.00 Uhr

Hasan DUTAR, Hanseat. Oberlandesgericht, Sievekingplatz 3, Saal 288

Dienstag, 25. 10., 9.00 Uhr

Mittwoch, 26. 10., 9.00 Uhr

Dienstag, 1. 11., 9.00 Uhr

Mittwoch, 2. 11., 9.00 Uhr

Muhlis KAYA, OLG Stuttgart Eröffnung des Hauptverfahrens: 22. November 2016

Die Verfahren gegen **Zeki EROGLU** (JVA Schwäbisch-Hall) und **Cihan ILIMAN** (JVA Stuttgart-Stammheim) wurden noch nicht eröffnet.

(Terminangaben ohne Gewähr; Termine können kurzfristig verlegt werden.)

Aktuelle Informationen unter: freiheit.blackblogs.org

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org